

Regimewechsel durch Wahlen? Der malaysische Tsunami im Mai 2018

Andreas Ufen

Mai 2018

Am 9. Mai 2018 fanden die 14. Wahlen auf Bundes- und Landesebene in Malaysia statt. Die aus 13 Parteien bestehende Regierungskoalition Nationale Front oder Barisan Nasional verlor überraschend ihre jahrzehntelange Vorherrschaft. Letztlich wurde das alte autokratische Regime also durch Wahlen, die zugleich den Anfang einer Demokratisierung markieren, gestürzt.

Die Schaffung einer kohärenten Opposition

Als im Gefolge der Wirtschafts- und Finanzkrise 1998/99 der stellvertretende Premierminister Anwar Ibrahim verhaftet worden und eine breite *Reformasi*-Bewegung entstanden war, gründete die Parteienopposition die Alternative Front oder Barisan Alternatif. Sie erzielte bei den Wahlen 1999 beachtliche Erfolge und erhielt 80 der 222 Sitze im nationalen Parlament. Diese Koalition war allerdings brüchig, weil sie aus so ungleichen Partnern bestand. Folglich löste sie sich schon 2001 wieder auf, da die überwiegend ethnisch-chinesische DAP (Democratic Action Party) ausschied, weil sie die zunehmende Hinwendung der PAS (Parti Islam Se-Malaysia, Islamische Partei Malaysias) zu islamstaatlichen

Modellen nicht mittragen konnte. Bei den Wahlen 2004 führte dies zu einer vernichtenden Niederlage der Oppositionsparteien. Der *Reformasi*-Enthusiasmus war zu diesem Zeitpunkt am Ende. Aber schon 2005 entstand die Volkspartnerschaft (Pakatan Rakyat), wiederum aus DAP, PAS und der PKR (Parti Keadilan Rakyat, Volksgerechtigkeitspartei), nachdem deren De-facto-Vorsitzender Anwar Ibrahim aus dem Gefängnis entlassen worden war und die verfeindeten Gruppen sich wieder annäherten. Bei den Wahlen 2008 und 2013 erzielte diese Opposition erhebliche Gewinne. 2008 siegte sie sogar in fünf der 13 Bundesstaaten, und 2013 erhielt sie landesweit die Mehrheit der Stimmen – noch nicht aber die der Mandate. 2013 machte die BN vor allem die vermeintlich undankbaren ethnischen Chinesen verantwortlich und sprach von einem »Chinese Tsunami«.

*Mahathir: Der alte und neue Premierminister Malaysias
(Foto: CK Tan)*



Im Jahr 2015 wurde die Oppositionskoalition erneut gesprengt. Wiederum waren es die Konservativen in der PAS, die den Bruch herbeiführten. Beim Parteitag wurden die reformerischen Kräfte, die sich von den Zielen der Schaffung eines »Islamstaates« und der weiteren Durchsetzung islamischen Strafrechtes distanzieren, ausgebootet. Durch die Form und die Radikalität dieser Marginalisierung sah sich diese Parteifraktion veranlasst, eine neue Partei, die Parti Amanah Negara (oder kurz: AMANAH) zu gründen und sich danach der DAP und der PKR anzuschließen.

Najibs Abstieg und die Spaltung UMNOs

Da AMANAH nur mit einem Bruchteil der PAS-Wähler*innenstimmen rechnen konnte, galt die neue Koalition als schwach. Für Premierminister Najib Razak und die von ihm geführte Regierungspartei UMNO (United Malays National Organisation) standen die Zeichen für einen neuerlichen Wahlsieg deshalb eigentlich sehr gut, zumal es gelang, sich der PAS etwas zu nähern. Allerdings hatte Najib mit der 1MDB-Affäre zu kämpfen. Im Juli 2015 berichteten das »Wall Street Journal« und dann die oppositionsnahe, aus England operierende Internet-Seite »Sarawak

Report« über die Machenschaften im Umfeld des staatlichen Investitionsfonds 1MDB. Najib hatte vor den Wahlen 2013 fast 700 Mio. US\$ auf seine persönlichen Konten überwiesen bekommen. Er erklärte 2015, dass ein namentlich nicht genannter Angehöriger des saudischen Königshauses ihm dieses Geld aus Anerkennung für den Kampf der malaysischen Regierung gegen den Terrorismus zukommen ließ. Der Großteil des Geldes soll später nach Saudi-Arabien zurückgeflossen sein. Es ist aber wahrscheinlich, dass das Geld eigentlich aus dem 1MDB-Fonds stammt. Das US-amerikanische Justizministerium hat in einem detaillierten Bericht zahlreiche Geldflüsse rekonstruiert und die Erklärungen des Premierministers und malaysischer Regierungsstellen ad absurdum geführt.

Najib, der sich nach seinem Amtsantritt im Jahr 2009 zunächst als Reformersuche, und den berüchtigten ISA (Internal Security Act) im Jahr 2012 abschaffte, regierte im Zusammenhang mit dem 1MDB-Skandal im Laufe der Jahre immer autokratischer. So ließ er an die Stelle des ISA den Prevention of Terrorism Act (2015) und den Security Offences (Special Measures) Act (2012), der sogar die Todesstrafe zur Folge haben kann, setzen. Außerdem führte er im Juni 2016 den National Security Council Act ein. Dieser sieht die Einrichtung von »national security areas« vor, in denen der Ausnahmezustand gilt und Sicherheitskräfte Verhaftungen ohne Haftbefehl für eine Dauer von bis zu sechs Monaten vornehmen können. Im April 2018 schließlich, also kurz vor den Wahlen, trat das Gesetz gegen Fake News in Kraft. Es sieht Geldstrafen von bis zu 123.000 US\$ und bis zu sechs Jahre Haft vor. Das Gesetz definiert Verstöße sehr abstrakt, so dass schon Teilwahrheiten oder »Suggestionen« für eine Anklage ausreichen können.

Diese zunehmende Repression korrelierte mit einem selbtherrlichen Vorgehen gegen parteiinterne Kritiker, was letztlich die Gründung einer weiteren Partei, der Vereinigten Pribumi Partei Malaysia (Parti Pribumi Bersatu Malaysia, PPBM, oder kurz: Bersatu) im Jahr 2017 zur Folge hatte. Bersatu bestand aus Mahathir und seinem Sohn Mukhriz, der in Kedah aus dem Amt des Ministerpräsidenten gedrängt worden war, aber auch aus dem von Najib gefeuerten ehemaligen stellvertretenden Premierminister



Anwar Ibrahim bei einer Rede kurz nach seiner Freilassung
(Foto: Khairul Effendi/
Instagram: @keyroll_spanky)

Muhyiddin. DAP, PKR, AMANAH und Bersatu bildeten fortan die Pakatan Harapan (PH) oder Hoffnungsallianz, und der Beitritt der beiden neuen Parteien sollte sich im Nachhinein als wahlentscheidend herausstellen.

Gleichzeitig kam es zu einer vorsichtigen Annäherung von UMNO und PAS. UMNO stellte der PAS in Aussicht, den Syariah Courts Criminal Jurisdiction Act von 1965 zu verschärfen. Bei bestimmten Vergehen (Alkoholkonsum, Prostitution, »unerlaubte Nähe« (*khalwat*) und Ehebruch) wären dann bis zu 30 Jahre Haft, Geldstrafen bis zu 100.000 Ringgit (ca. 21.360 €) oder bis zu 100 Stockschläge möglich.

Der Wahlkampf

Der Wahlkampf dauerte nur elf Tage, weil die BN wohl fürchtete, ein längerer Wahlkampf würde der Opposition nützen. Der Wahltag wurde zudem auf einen Mittwoch gelegt, vermutlich um die Wahlbeteiligung gering zu halten. Allerdings erklärte die Regierung wenige Tage später, der Wahltag würde zugleich ein nationaler Feiertag sein.

Eine Vielzahl von Wettbewerbsverzerrungen benachteiligte die Opposition: Dazu zählen z. B.

die einseitige Medienberichterstattung, unvollständige oder manipulierte Wahlverzeichnisse und eine vom Premierminister abhängige Wahlkommission. Die Wahlkommission gab ein beklagenswertes Bild ab, und es war nicht klar, ob das auf ihre Unfähigkeit oder auf eine absichtsvolle Nachlässigkeit zurückzuführen war. Die erst kurz vor Auflösung des Parlamentes durch das Parlament gepeitschte, höchst kontroverse Neueinteilung der Wahlkreise (die Redezeiten der Opposition wurden auf insgesamt eine Stunde begrenzt), schien die BN klar zu bevorzugen. Es wurden viele ländlich geprägte, mehrheitlich malaiische Wahlkreise geschaffen, in denen UMNO traditionell besonders gut abschneidet. Besonders kritisiert wurde die Tatsache, dass verstärkt Wahlkreise geschaffen wurden, die von einzelnen ethnischen Gruppen beherrscht werden.

Bei der Nominierung scheiterten mehrere Oppositionspolitiker, meist aufgrund fehlender Papiere oder wegen angeblicher Insolvenz. Tian Chua, einer der prominentesten PKR-Politiker, wurde in letzter Minute und völlig unerwartet nicht als Kandidat zugelassen, weil er in einem Gerichtsverfahren eine Geldstrafe von 2.000 Ringgit (ca. 427 €) hatte bezahlen müssen. Die Opposition beklagte außerdem, dass die Regierung ihren Wahlkampf behindern würde. Ein Beispiel dafür war ein kurzfristig bekanntgegebener

Erlaß der Wahlkommission, wonach auf Wahlplakaten nur Bilder bestimmter Funktionsträger der Partei zu sehen sein durften. Deshalb wurden Teile der Plakate, auf denen etwa Mahathir zu sehen war, herausgeschnitten bzw. geschwärzt. Außerdem war Bersatu vom Registrar of Societies »provisorisch aufgelöst« (und erst nach den Wahlen offiziell anerkannt) worden. Auch die PH wurde erst am 16. Mai zugelassen. In der Opposition hatten sich deshalb alle Koalitionspartner darauf geeinigt, das Symbol der PKR zu verwenden. Ob solche Schikanen aber wirklich der BN zu Gute kamen, ist zumindest fraglich.

Der Wahlkampf selbst verlief ohne nennenswerte Zusammenstöße und scheinbar relativ unspektakulär. Allerdings dürften sich politische Stimmungen in kurzer Zeit verändert haben. Dabei dürften neue Medien eine Schlüsselrolle gespielt haben. Die BN verwies auf die insgesamt guten Wirtschaftsdaten – 2017 hatte das BIP-Wachstum 5,9 % betragen – und auf die vielen Wohlfahrtsleistungen, die sie im Rahmen der 1Malaysia-Kampagne verteilt hatte. Nur die BN könne politische Stabilität gewähren, während ein Sieg der Opposition ins Chaos führen würde. Außerdem wurde immer wieder die Gefahr heraufbeschworen, dass die DAP, insbesondere in Gestalt Lim Kit Siang, in der Regierung das Sagen haben würde.¹

Oppositionskandidat*innen mussten ihren Wahlkampf oft selbst finanzieren. Die BN konnte hingegen auf umfangreiche Finanzmittel zurückgreifen. Ausgaben von politischen Parteien sind gesetzlich nicht begrenzt und Ausgaben von Kandidat*innen werden kaum kontrolliert. Der PAS wurde in einem Artikel auf der Seite des »Sarawak Report« vorgeworfen, von Najib 90 Mio. Ringgit (ca. 19,22 Mio. €) erhalten zu haben. Daraufhin wurde die in England lebende Clare Rewcastle-Brown, die für die Inhalte der Seite verantwortlich ist, von PAS wegen Verleumdung angezeigt.

Einerseits wurde auf Großunternehmer Druck ausgeübt, damit diese der BN Spenden zukommen lassen. Andererseits wurde von der BN im Wahlkampf eine Kampagne gegen den in Hongkong lebenden Milliardär Robert Kuok losgetreten, weil er 2013 die Opposition unterstützt haben soll, was er jedoch abstritt. Tony Fernandes, der Gründer von Air Asia, drehte zusammen mit

Najib eine Art Werbevideo. Nach den Wahlen entschuldigte er sich dafür und verwies darauf, dass er sich dazu genötigt sah, um den Premierminister zu besänftigen. Najib wollte offenbar die Air-Asia-Aufsichtsrätin Rafidah Aziz, Ministerin für Internationalen Handel und Industrie von 1987 bis 2008, daran hindern, ihn weiterhin zu attackieren.

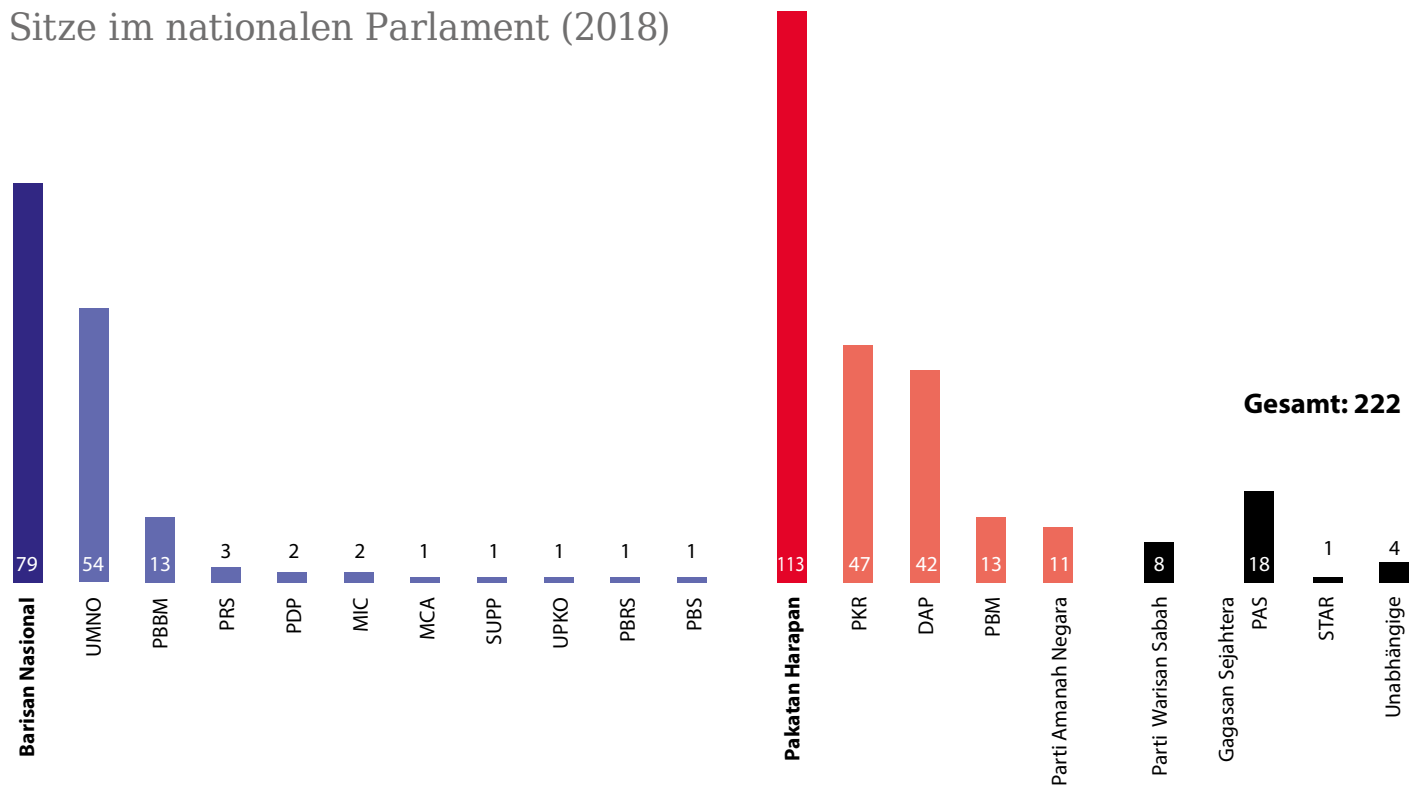
Neben Rafidah nahmen zwei weitere hochrangige UMNO-Politiker aktiv am Wahlkampf der Opposition teil: der Minister für Information, Kommunikation und Kultur von 2009 bis 2013, Rais Yatim, sowie der langjährige Berater Mahathirs und ehemalige Finanzminister Daim Zaidin. Zuletzt sprach sich auch Syed Hamid Albar, der in verschiedenen Kabinetten Mahathirs tätig gewesen war, für das Oppositionsbündnis aus.

Der 1MDB-Skandal und die von Najibs Ehefrau Rosmah geradezu idealtypisch verkörperte Arroganz, Ignoranz und Verschwendungssucht der Mächtigen bildeten den geeigneten Hintergrund für eine Kampagne, die die allgemeine Empörung politisch zu mobilisieren wusste. Zu den Forderungen der Pakatan Harapan gehörten u. a. die Abschaffung der neuen, sechszehnten Mehrwertsteuer (Goods and Services Tax, GST), eine Mindestloohnerhöhung von 1.000 Ringgit (ca. 213 €) auf 1.500 Ringgit (ca. 320 €), eine Beschränkung der Amtszeit des Premierministers, eine Neustrukturierung der äußerst mächtigen Premierminister-Behörde, Reformen der Malaysian Anti-Corruption Commission (MACC) und des Wahlsystems, die Abschaffung repressiver Sicherheitsgesetze und die Einrichtung einer Independent Police Complaints and Misconduct Commission (IPCMC).² Mahathir konzentrierte sich auf die GST sowie auf 1MDB und stellte die Sinnhaftigkeit kreditfinanzierter und von staatlichen Unternehmen aus der VR China durchgeführter Megaprojekte wie den Bau der Bahnverbindung an der Ostküste (East Coast Rail Link) in Frage.

Der haushohe Sieg der Pakatan Harapan

Im Vorfeld der Wahlen gab es unterschiedliche Prognosen, die meisten sahen einen Sieg der

Sitze im nationalen Parlament (2018)



Quelle: Malaysian Election Commission

Regierungskoalition voraus, aber eigentlich war diesmal das Resultat unvorhersehbar. Das liegt zum einen am Mehrheitswahlssystem, das Prognosen in jedem einzelnen der 222 Einerwahlkreise verlangen würde; zum anderen daran, dass es in den meisten Wahlkreisen zu »three-cornered fights« kam, also zu einem Kräftemessen von drei Kandidat*innen, die jeweils von einer der drei Koalitionen unterstützt wurden (PAS trat mit einer von ihr dominierten Koalition an). Das renommierte Meinungsforschungsinstitut Merdeka Center prognostizierte kurz vor den Wahlen etwa 100 Sitze für die Opposition. Das war auch ungefähr das Ergebnis, das viele politische Beobachter erwarteten. Das Merdeka Center machte aber auch deutlich, dass sich Umfrageergebnisse sehr schnell änderten und es noch viele unentschlossene Wähler*innen gab.

Schon vor Mitternacht des 9. Mai erklärte Mahathir die PH zur Siegerin und warf der Wahlkommission vor, die eigentlich schon bekannten Ergebnisse zurückzuhalten. Bei einer relativ hohen Wahlbeteiligung von 82,3 % gewann die PH knapp die Hälfte der Stimmen und 113 der

222 Sitze, davon gingen 47 Sitze an die PKR, 42 an die DAP, 13 an Bersatu und 11 an AMANAH. Hinzu kamen acht Sitze des strategischen PH-Partners, der Parti Warisan Sabah, sowie das Mandat des unabhängigen Kandidaten Prabaharan, der quasi in Vertretung für Tian Chua gewählt worden war. Die BN erhielt landesweit nur knapp 34 % der Stimmen und 79 Sitze im nationalen Parlament. Davon entfielen 54 auf UMNO und 13 auf die in Sarawak regierende PBB (Parti Pesaka Bumiputera Bersatu oder United Bumiputera Heritage Party). Die anderen beiden westmalaysischen BN-Parteien, der Malaysian Indian Congress (MIC) mit 2 Sitzen und die Malaysian Chinese Association (MCA) mit nur noch einem, sehr knapp errungenen Sitz spielen kaum noch eine Rolle. Der weitaus überwiegende Teil der ethnischen Chinesen unterstützte die DAP. Die dritte Koalition, die im Wesentlichen aus der PAS besteht, erzielte mit 16,6 % der Stimmen und 18 Mandaten einen Achtungserfolg, zumal sie in den nördlichen, mehrheitlich malaiisch-muslimisch geprägten Bundesstaaten Kelantan und Terengganu jeweils ungefährdet mit 37 von 45 bzw. 22 von 32 möglichen Mandaten siegen konnte. In diesen

Bundesstaaten war die PH relativ schwach, weil die AMANAH-Kandidat*innen kaum Rückhalt in der Bevölkerung haben.

Insgesamt waren auch auf der Ebene der Bundesstaaten oder Länder die Veränderungen revolutionär. Schon bei den Wahlen 2008 hatte die Opposition in fünf Bundesstaaten gewonnen, was damals als bedeutender Fortschritt gefeiert worden war. Diese Siege waren außerordentlich wichtig gewesen, um die Oppositionskoalition zu stabilisieren, aber auch, um den Wähler*innen zu verdeutlichen, dass die Opposition über ausreichend Personal und Expertise verfügt. Vor allem die Industriezentren Penang und Selangor mit den Ministerpräsidenten der DAP (Lim Guan Eng in Penang) und der PKR (Azmin Ali in Selangor) dienten quasi als Modellstaaten für eine mögliche Regierungsübernahme auf Bundesebene.

Bei den Wahlen 2018 gewann die Pakatan Harapan in Penang 38 und UMNO lediglich zwei Sitze, in Selangor holte die PH sogar 51 von 56 Mandaten. Neben Penang und Selangor gewann die PH diesmal auch in Negeri Sembilan, Melaka, Johor und Kedah (dort allerdings ohne Mehrheit). In Perak wurde Ahmad Faizal Azumu von Bersatu als neuer Ministerpräsident vereidigt, nachdem sich zwei UMNO-Parlamentarier auf die Seite der PH geschlagen hatten. Die beiden erklärten dem neuen Ministerpräsidenten ihre Unterstützung, am 13. Mai aber wurde bekannt, dass sie weiterhin zur BN gehörten. Damit ergab sich für Perak eine Minderheitsregierung. In Kedah wurde Mukhriz Mahathir zum Ministerpräsidenten ernannt, da die PH dort 18 der 36 Sitze gewonnen hatte. Allerdings hatten die BN und PAS zusammen auch 18 Sitze, so dass die weiteren Entwicklungen unklar waren. Der vielleicht größte Coup gelang der PH in Johor, der angestammten Machtbasis UMNOs. Insbesondere der Übertritt Muhyiddins, von 1986–95 Ministerpräsident von Johor, in das Lager der Opposition dürfte hier entscheidend gewesen sein.

Kurz nach den Wahlen zeigten sich bei der BN erste Erosionserscheinungen. Das wurde etwa in Sabah deutlich. Zunächst ergab sich eine Pattsituation, ein »hängendes Parlament«, da die BN (angeführt von UMNO) und die PH (angeführt von dem strategischen Partner der PH,

der Parti Warisan Sabah unter Shafie Apdal) jeweils 29 Sitze, und die State Reform Party (STAR) zwei Sitze gewann. Als sich die beiden STAR-Abgeordneten auf die Seite der BN schlugen, wurde der bisherige Amtsinhaber Musa Aman von UMNO wieder als Ministerpräsident vereidigt. Allerdings sagten sich in den folgenden Stunden mehrere gewählte Abgeordnete von der BN los, so dass Musa Aman eigentlich keine Mehrheit mehr hatte. Am 12. Mai wurde gemeldet, dass auch Shafie Apdal vereidigt worden und somit Ministerpräsident sei.

Der einzige Bundesstaat, in dem keine Wahlen auf Landesebene, sondern nur solche für das nationale Parlament stattfanden, war Sarawak. Die Landtagswahlen waren dort schon 2016 abgehalten worden und hatten mit einem deutlichen BN-Sieg geendet. Bei den Wahlen 2018 konnte die PH auf Bundesebene immerhin 10 der 31 Mandate erhalten, außerdem errangen zwei unabhängige Kandidaten Sitze. In Sarawak ist UMNO nicht vertreten, sondern hat dort mit der Parti Pesaka Bumiputera Bersatu (PBB) quasi einen Stellvertreter. UMNO stellt jetzt also nur noch in Perlis und Pahang die Ministerpräsidenten.

Aufbau der Demokratie?

Die Inaugurierung der neuen Regierung verlief überraschend unproblematisch. Schon am 10. Mai wurde Mahathir im Königspalast vereidigt, und zu diesem Zeitpunkt war Widerstand vom alten Regime kaum mehr möglich. Im Gegenteil, alle Beteiligten erkannten die Wahlergebnisse an und sprachen sich für einen reibungslosen und verfassungsmäßigen Machtwechsel aus. Der Wahlsieg der Pakatan Harapan war einfach zu hoch, und der Legitimationsverlust der Nationalen Front so gewaltig, dass die Erklärung eines Ausnahmezustandes selbst von Teilen UMNOs wohl nicht unterstützt worden wäre.

Die BN scheint nun nach und nach zu zerfallen. UMNO wird einige Zeit brauchen, um eine neue Identität zu gewinnen, besonders deshalb, weil ihre finanzielle Basis langsam verlorengelht, was ihre gut geölte Patronagemaschinerie ins Stocken bringen wird. Najib gab seinen Rücktritt als Präsident von UMNO und damit auch der BN

bekannt. Kurz zuvor meldeten sich bereits einige UMNO-Politiker und forderten Reformen innerhalb der Partei. UMNO könnte sich aber auch mit den Islamisten der PAS im Sinne einer radikalisierten malaiisch-muslimischen Agenda verbünden. In Malaysia gibt es zudem Hunderte zivilgesellschaftliche chauvinistische und islamistische Organisationen, die leicht mobilisierbar sind.

Mahathir übernahm schnell die Initiative und ernannte am 11. Mai drei Minister: Lim Guan Eng (DAP), bis dahin Ministerpräsident von Penang, wurde Finanzminister, Mohammad Sabu (AMANAH) Verteidigungsminister und Muhyiddin (Bersatu) Innenminister. Eine Woche später ernannte er Azmin Ali (PKR) zum Wirtschaftsminister. Wan Azizah Wan Ismail (PKR) ist stellvertretende Premierministerin und Ministerin für Frauen und Familie. Das dritte Ministerium für die PKR übernahm Zuraida Kamaruddin (Wohnungsbau und Kommunalverwaltung). Die anderen Ressorts gingen an Maszlee Malik (Bildung) und Rina Harun (Ländliche Entwicklung), beide von Bersatu, an die DAP-Politiker Anthony Loke Siew Fook (Verkehr), Gobind Singh Deo (Kommunikation und Multimedia) und M Kulasegaran (Humanressourcen) sowie an zwei Vertreter von AMANAH, Salahuddin Ayub (Landwirtschaft und Agrarindustrie) und Dzulkefly Ahmad (Gesundheit). Damit ist das Kabinett kleiner als in der Vergangenheit und deutlich reformorientiert.

Dem Generalstaatsanwalt Apani, der sich als »Berater« der Regierung andiente, machte Mahathir klar, dass er in seiner jetzigen Funktion

keine Zukunft haben würde. Die Mehrwertsteuer GST soll schon zum 1. Juni abgeschafft werden. Die Ermittlungen im 1MDB-Fall wurden sofort wieder aufgenommen. Das Ehepaar Najib erhielt ein Ausreiseverbot, und mehrere Wohnungen wurden durchsucht. Anwar Ibrahim, der schon am 16. Mai aus dem Gefängnis entlassen und vom König begnadigt wurde, sprach Mahathir sein volles Vertrauen aus und erklärte, zunächst einige Wochen ins Ausland gehen zu wollen, um dort mehrere Universitäten zu besuchen.³

Bei all dem muss man sich klarmachen, dass Mahathir, sein Sohn Mukhriz, Muhyiddin, Daim Zainuddin, Shafie Apdal u. a. niemals als Reformherausgetreten sind, sondern die Autokratie früher immer verteidigt hatten. Mahathir hat sich von dem, was er in der Vergangenheit als Premierminister zu verantworten hatte, nur halbherzig distanziert. Das betrifft die fragwürdige Inhaftierung und Verurteilung von Anwar Ibrahim, aber auch die Repression und die Vetternwirtschaft während seiner Amtszeit.

Eine wirkliche Empörung über den Korruptionssumpf, in dem Najib und seine Regierung steckten, wird eine wesentliche Rolle bei ihrem Sinneswandel gespielt haben, aber nicht unbedingt der Wunsch, das Land grundlegend zu reformieren, um eine liberale Demokratie zu schaffen. Letzteres treibt aber viele in der PH an, besonders zahlreiche Politiker von DAP, PKR und AMANAH. Deshalb sind die Aussichten für eine politische Stabilisierung und eine Fortsetzung des Reformkurses gut.

Anmerkungen

- 1 Dazu beispielhaft Najib: The right choice to make Malaysia greater, New Straits Times, <https://www.nst.com.my/opinion/columnists/2018/05/367521/right-choice-make-malaysia-greater>, May 9, 2018.
- 2 Siehe: What you need to know about Pakatan's GE14 manifesto, <https://www.malaymail.com/s/1594915/what-you-need-to-know-about-pakatan-ge14-manifesto>, March 10, 2018.
- 3 Zu Forderungen aus der Zivilgesellschaft: Implement moratorium on these laws now, Malaysia-kini, <https://www.malaysiakini.com/news/425502>, May 17, 2018.

Der Autor

Andreas Ufen arbeitet seit Juli 2000 am GIGA Institut für Asien-Studien (Hamburg) und ist dort Senior Research Fellow. Er promovierte mit einer Dissertation zu »Herrschaftsfigura-

tion und Demokratisierung in Indonesien (1965–2000)« an der Universität Hamburg, wo er sich auch mit einer Arbeit zu »Ethnizität, Islam, Reformasi. Die Evolution der Konfliktlinien im Parteiensystem Malaysias« habilitierte.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



und von



Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Impressum

V. i. S. d. P.:

Raphael Göpel | Stiftung Asienhaus

Hohenzollernring 52 | 50672 Köln

Tel: 0221/71 61 21-13

Email: raphael.goepel@asienhaus.de

Web: <https://www.asienhaus.de/>

Gesamtausstattung:

Klartext Medienwerkstatt GmbH

(<http://www.k-mw.de>)

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht.